

07.2018

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	13
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	16
Tierschutz & Ethik	17
Umweltpolitik & Umweltrecht	17
Verkehr & Tourismus	20
Wasser & Meere	21
Wirtschaft & Ressourcen	24

VERBÄNDE



DNR intern	26
Aus den Verbänden	26
Ehrenamt	27
Preise & Ausschreibungen	28
Impressum	28

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	29
Schwerpunkt: Bauernhöfe als Lernort	

THEMEN DES MONATS

EU-Agrarpolitik

Wie geht es weiter nach 2020?

Die EU macht einen Schritt vor und zwei zurück
Seite 2

EU-Kreislaufwirtschaft

Unverpackt und nicht verschwendet

**Lebensmittelverschwendung kann nicht durch immer mehr
Verpackungen bekämpft werden**
Seite 4

Planungsrecht

Es soll wieder beschleunigt werden

**Raschere Genehmigungsverfahren für Projekte in Verkehr
und Infrastruktur könnten der Umwelt schaden**
Seite 6

Interview: Manuel Fernandez über REACH

„REACH geht einfach zu langsam“

**Das Risikomanagement für Chemikalien in der EU ist im
weltweiten Vergleich besser geworden, aber nicht sehr effektiv**
Seite 11

Kreislaufwirtschaft

Unverpackt und nicht verschwendet

Lebensmittelverschwendung kann nicht durch immer mehr Verpackungen bekämpft werden

Massenhaft weggeworfene Lebensmittel haben gravierende Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Die Plastikindustrie preist Verpackungen als Lösung gegen diese Verschwendung an. Aus Umweltsicht ist das keine gute Idee. Was wie ein unlösbarer Widerspruch wirkt, ist ein Schein-Dilemma. ■ VON HENRIETTE SCHNEIDER UND MICHAEL BERGER, DUH

Spätestens seit der Veröffentlichung der EU-Plastikstrategie im Januar 2018 rückt die enorme Ressourcenverschwendung durch jährlich wachsende Verpackungsmüllberge immer stärker in den Fokus. 226 Kilogramm Verpackungsabfall produziert jede/r Deutsche pro Jahr – so viel wie nirgendwo sonst in Europa. Der kürzlich von der EU-Kommission vorgelegte Vorschlag zur Reduktion von Einwegplastik sieht vor, bei Verpackungen verstärkt auf Mehrweg, Produzentenverantwortung und Pfandsysteme zu setzen. Die Industrie hingegen versucht, die Produktion von immer mehr Verpackungen mit dem Verweis auf ein weiteres dringliches Umweltproblem zu rechtfertigen: die erschreckend hohe Menge weggeworfener Lebensmittel.

230.000 Rinder für den Müll

Was nach einem logischen Zusammenhang klingt, muss differenziert betrachtet werden. Natürlich kann sich beispielsweise die Haltbarkeit eines Steaks verlängern, wenn es vakuumverpackt wird. Aber nur, weil sich etwas länger hält, bedeutet das noch nicht, dass es am Ende nicht weggeschmissen wird. Denn die Verpackung setzt nicht an der Ursache der Verschwendung an – der mangelnden Wertschätzung von Lebensmitteln. Im Gegenteil können Verpackungen die Entfremdung der KonsumentInnen vom Lebensmittel sogar noch befördern. Das kann dazu führen, dass man sich „blind“ auf das Mindesthaltbarkeitsdatum auf der Verpackung verlässt, anstatt mit Augen, Nase und Mund zu prüfen, ob etwas noch gut ist. Womöglich werden Lebensmittel bei längerer Haltbarkeit eher auf Vorrat gekauft und letztendlich

doch nicht aufgebraucht oder schlicht in den Tiefen des Kühlschranks vergessen.

Betrachtet man die Menge an weggeworfenen Lebensmitteln, scheinen mehr Verpackungen nicht geholfen zu haben: Insgesamt hat sich der Verbrauch von Plastikverpackungen in den letzten zehn Jahren etwa um ein Drittel erhöht, während die Lebensmittelverschwendung nicht zurückgegangen ist. Auch heutzutage landen nur zwei Drittel der aufwendig hergestellten Lebensmittel am Ende auf unseren Tellern. Das letzte Drittel landet in der Tonne. Dabei ist das Problem der Lebensmittelverschwendung mit seinen massiven Auswirkungen auf Umwelt und Klima schon seit Jahrzehnten bekannt. Insgesamt werden in Deutschland durch weggeworfene Lebensmittel rund 38 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente sinnlos ausgestoßen und etwa 216 Millionen Kubikmeter Wasser verschwendet. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass 20 Prozent des landwirtschaftlichen Wasser- und Flächenverbrauchs von verschwendeten Lebensmitteln beansprucht wird. Der Verlust tierischer Produkte ist aus ökologischer und ethischer Sicht besonders bedenklich. In Deutschland verursachen Fleisch- und Milchprodukte, die ungenutzt im Müll landen, insgesamt 8,5 Prozent der nationalen Methanemissionen. Allein durch den achtlosen Umgang mit Wurst- und Fleischprodukten in privaten Haushalten werden in Deutschland jährlich 230.000 Rinder geschlachtet, um anschließend weggeworfen zu werden.

Die Hauptursache für die Verschwendung von Lebensmitteln ist sicherlich der geringe Wert, den Lebensmittel in unserer durch Massenproduktion geprägten Konsumgesellschaft haben. Verluste im Handel

sind oft rein ästhetisch begründet. Obst und Gemüse mit Druckstellen oder Verfärbungen werden häufig direkt aussortiert, obwohl sie noch bedenkenlos verzehrbar wären. Früchte, die entweder krumm gewachsen sind oder nicht den Größenanforderungen des Handels entsprechen, werden erst gar nicht angenommen. Einige Produkte wie Weihnachtsplätzchen oder Osterhasen werden manchmal mit absichtlich verkürztem Mindesthaltbarkeitsdatum verkauft, damit der Absatz auch im nächsten Jahr gesichert ist.

Wieder wertschätzen statt „intelligent“ verpacken

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen hat sich Deutschland dazu verpflichtet, die Lebensmittelverschwendung im Einzelhandel und in privaten Haushalten bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren. Um dieses Reduktionsziel zu erreichen, wird auch der Einsatz aktiver und intelligenter Verpackungen diskutiert. Sogar der aktuelle Koalitionsvertrag nennt die Förderung von intelligenten Verpackungen als einen Lösungsansatz zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung. Aktive Verpackungen sind in der Lage, durch die Abgabe oder Aufnahme bestimmter Stoffe Lebensmittel länger haltbar zu machen. Intelligente Verpackungen wiederum messen beispielsweise die Temperatur oder die Konzentration von Stoffen, die beim Verderb entstehen, und geben so Rückschluss auf den aktuellen Zustand eines Produktes. Ein im April 2018 bei der Deutschen Umwelthilfe durchgeführter Workshop zeigte jedoch, dass aktive und intelligente Verpackungen zwar bei tierischen Produkten in begrenztem Maße zur

Reduktion von Lebensmittelverschwendung beitragen können. Angesichts wachsender Verpackungsmüllberge und des begrenzten Reduktionspotenzials sind andere Maßnahmen aber zielführender.

Gemeinsam mit dem Verein Foodsharing, der Bio Company und dem „Tatort“-Kommissar Andreas Hoppe forderte die Deutsche Umwelthilfe zuletzt die Verabschiedung einer Nationalen Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten. Darin müssen verbindliche Reduktionsziele festgelegt werden, aus denen sich verpflichtende Zielmarken für einzelne Unternehmen ableiten lassen. Hierfür muss eine einheitliche Erfassungs- und Dokumentationspflicht von Lebensmittelverlusten entlang der Wertschöpfungskette gelten. Ein gesetzlicher Wegwerfstopp muss den Lebensmittelhandel dazu verpflichten, übrig gebliebene Lebensmittel an Initiativen gegen Lebensmittelverschwendung abzugeben. Um die Verschwendung von Lebensmitteln langfristig zu reduzieren, ist eine gesteigerte Wertschätzung von Lebensmitteln in unserer Gesellschaft nötig. So wäre die Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsmoduls zur Lebensmittel- und Ernährungsbildung an den Schulen eine wichtige und grundlegende Maßnahme. Informationskampagnen über den Umgang und die Haltbarkeit von Lebensmitteln müssen ausgebaut und verstetigt werden.

Die sinnlose Verschwendung von Lebensmitteln kann nicht gegen die sinnlose Ressourcenverschwendung durch zu viele Verpackungen ausgespielt werden. Etwa zwei Drittel des Obstes und Gemüses im Lebensmitteleinzelhandel sind in Plastik verpackt – eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, dass Obst und Gemüse von der Natur schon mit einer eigenen Verpackung ausgestattet sind. EU-weit werden Millionen Tonnen Plastik in der Umwelt entsorgt, bis zu 500.000 Tonnen davon landen in den Ozeanen. Dort zerfallen die Kunststoffgegenstände langsam zu Mikroplastik, das unmöglich aus dem Meer entfernt werden kann. Letztendlich gelangt es über die Nahrungskette auch auf unsere Teller. Unter den am häufigsten im Meer gefundenen Gegenständen aus Plastik

liegen Lebensmittelverpackungen neben Plastikflaschen und -tüten weit vorne. Um die Menge an Einwegplastikprodukten in der Umwelt zu verringern, plant die EU-Kommission nun unter anderem die Einführung von Minderungszielen für Fast-Food-Verpackungen und Einwegbecher aus Plastik. Dieser Vorschlag ist richtig und wichtig, denn Mehrweglösungen existieren bereits. Sie müssen nur eingesetzt und gefördert werden.

Mehrweg hat Mehrwert – staatliches Gegensteuern gegen Wegwerfmentalität

Mehrweglösungen müssen in Deutschland systematisch gefördert werden. Dafür braucht es gesetzlich festgelegte Wiederverwendungsquoten. Auch für Transport- und Supermarktverpackungen sind solche Quoten nötig. Sonst könnten hierzulande Plastikverpackungen einfach durch andere Einwegverpackungen zum Beispiel aus Papier oder Bioplastik ersetzt werden, wie kürzlich bei der britischen Supermarktkette Iceland geschehen. Dabei bringt ein solcher Ersatz der Umwelt nichts. Die Papierherstellung ist extrem wasser- und energieintensiv. Bioplastik verbraucht durch den Anbau von Nutzpflanzen massiv Ressourcen und baut sich unter natürlichen Bedingungen meist ähnlich langsam ab wie normales Plastik. Die Norm, nach der biologisch abbaubare Kunststoffe zertifiziert sind, bezieht sich lediglich auf den Abbau unter labortechnischen Bedingungen. Bioplastik könnte das Verschmutzungsproblem sogar noch verschlimmern. Wenn VerbraucherInnen davon ausgehen, dass sich der Abfall in der Natur problemlos abbaut, ist das Risiko einer achtlosen Entsorgung größer.

Um den Verbrauch umweltschädlicher Einwegartikel kurzfristig und effektiv zu reduzieren, sind finanzielle Lenkungsinstrumente unabdingbar. Das zeigen Erfahrungen, beispielsweise aus Irland, wo eine Abgabe auf Plastiktüten zu einer Reduktion des Verbrauchs um 96 Prozent führte. Die Deutsche Umwelthilfe schlägt auch hierzulande eine Abgabe auf die schlimmsten Wegwerfprodukte wie Plastiktüten, Einwegplastikflaschen und Coffee-to-go-Be-

cher in Höhe von mindestens 20 Cent vor. Auch die Einführung einer von der EU-Kommission vorgeschlagenen Plastiksteuer sollte in Erwägung gezogen werden. Besonders die Verwendung von kurzlebigen Produkten und Verpackungen könnte etwa durch einen erhöhten Mehrwertsteuersatz deutlich verteuert werden. Mit den erzielten Einnahmen ließen sich Umweltschutzprojekte, Sensibilisierungskampagnen zur Abfallvermeidung und Mehrwegansätze fördern.

Letztlich sind Lebensmittelverschwendung und zu viel Plastikmüll zwei Auswüchse unserer Wegwerfgesellschaft, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Mit unverbindlichen Alibiquoten und Appellen an VerbraucherInnen kann diesen gravierenden Umweltproblemen nicht begegnet werden. Die Lebensmittelverschwendung und das übermäßige Verpackungsaufkommen erfordern ein entschiedenes Handeln des Staates und verbindliche Ziele. Entscheidend ist dabei, dass die Erreichung der Ziele durch schrittweise in Kraft tretende Zwischenziele und Sanktionen bei Nichteinhaltung tatsächlich gewährleistet wird. Die deutsche Bundesregierung darf nicht weiter blockieren, sondern muss den Rückenwind aus der EU nutzen und nun schnell handeln. Nur dann können bis 2030 die Lebensmittelverschwendung tatsächlich halbiert und der Übergang zu einer echten Kreislaufwirtschaft eingeleitet werden.

Henriette Schneider und Michael Berger sind ProjektmanagerInnen im Team Kreislaufwirtschaft der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Berlin.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 2400867
-464 oder -466,
E-Mail: h.schneider@duh.de,
berger@duh.de,
www.duh.de

DNR INTERN

Treffen mit UNEP-Chef

Globale Herausforderung für die Umwelt

■ Anlässlich eines Besuches in Deutschland – unter anderem bei der neuen Bundesumweltministerin Svenja Schulze – hat sich Erik Solheim, Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms, Ende Mai in Berlin mit DNR-Präsident Kai Niebert und dem Germanwatch-Vorsitzenden Klaus Milke getroffen. Thema des Treffens mit den Vertretern der deutschen Zivilgesellschaft waren die großen Umweltherausforderungen auf internationaler, aber auch auf deutscher Ebene. Solheim zeigte besonderes Interesse an der Transformationspolitik, an Biodiversitätsfragen, am deutschen Weg zum Kohleausstieg und zur notwendigen CO₂-Bepreisung, aber auch an den aktuellen Klimaklagen gegen RWE und gegen die EU-Kommission, die unter anderem mit Unterstützung von Germanwatch auf den Weg gebracht worden sind.

Kai Niebert bezeichnete im Anschluss auf Twitter das Treffen als äußerst aufschlussreich im Hinblick auf die Verwendung von umweltschädlichen Subven-

tionen. Allein in Deutschland sind dies rund 59 Milliarden Euro. Daraus könnten Zigtausende zugunsten von Menschen und dem Planeten umgeschichtet werden, sagte Niebert. Die Umweltvertreter verständigten sich darauf, den direkten Austausch fortzusetzen. [red]

- ▶ www.dnr.de
- ▶ www.germanwatch.org

Social Media

DNR twittert

■ Neben den schon bewährten EU-politischen Botschaften twittert der Deutsche Naturschutzring beim Kurznachrichtendienst seit Neuestem auch über Biodiversität, Entkarbonisierung und allgemeine Dachverbandsthemen. Das Themenspektrum reicht ähnlich weit wie die Arbeitsbereiche der großen DNR-Familie. Von Umweltkriminalität über die neuen Vorschläge zur EU-Agrarpolitik bis hin zur Kohlekommission. Zwitschern Sie mit! [jg]

- ▶ <https://twitter.com/naturschutzring>
- ▶ [@dnr_eunews](https://twitter.com/dnr_eunews)
- ▶ [@dnr_biodiv](https://twitter.com/dnr_biodiv)
- ▶ [@dnr_decarb](https://twitter.com/dnr_decarb)

AUS DEN VERBÄNDEN

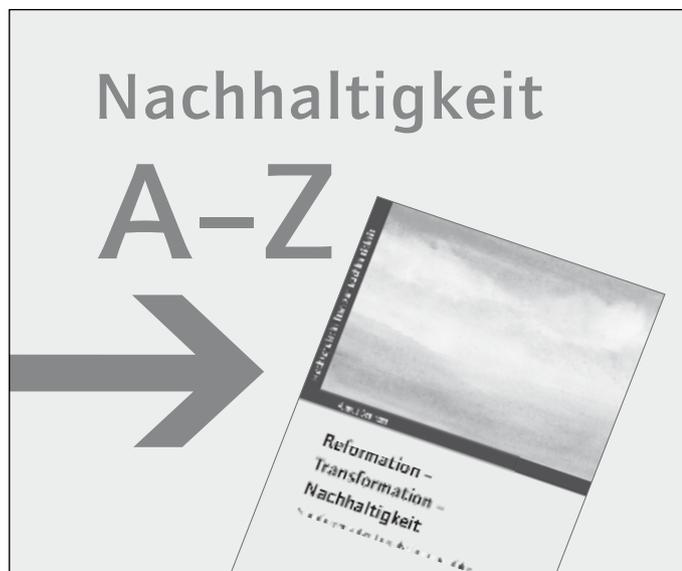
FARN

Netzwerken gegen Rechts

■ Querfronten mit rechtsextremen Naturschützern sind keine Option – so lautet das Ergebnis der ersten bundesweiten Fachtagung der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN), die im Juni in Bielefeld stattgefunden hat.

Aktive aus dem Natur- und Umweltschutz, der Jugendverbandsarbeit, der Rechtsextremismusprävention sowie WissenschaftlerInnen verschiedener Fachbereiche waren der Einladung von FARN gefolgt, weil rechtsextreme Gruppen und Einzelpersonen zunehmend versuchen, Einfluss auf grüne Themen zu nehmen.

So machen sie zum Beispiel regionale Wirtschaftskreisläufe, vegane Ernährungsweisen und nachhaltige Mobilitätskonzepte zu ihrem Thema. Vordergründig scheint sich hier eine Zusammenarbeit im Dienste der Natur anzubieten. Erst bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass dieses rechte Engagement oft rassistisch oder nationalistisch begründet ist oder als Strategie zur Einflussnahme auf die gesellschaftliche Mitte genutzt wird.



T wie Theologie

Nachhaltigkeit ist der Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung, biblisch-theologisch gesprochen. Doch die Kirchen tun sich erstaunlicherweise relativ schwer, diese Aufgabe praktisch zu vermitteln. Auch angesichts des Reformationsjubiläums ist diese evangelische Auslegung von Nachhaltigkeit von höchster Aktualität.

A. Beringer
Reformation – Transformation – Nachhaltigkeit
Schöpfungsverantwortung als Christusnachfolge
274 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-96238-035-9

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



„Man muss inhaltlich eine klare Linie ziehen und sagen: Mit solchen Leuten arbeite ich nicht zusammen“, sagte der Journalist und Autor Peter Bierl in seinem Vortrag „Grüne Braune“. Die TeilnehmerInnen diskutierten Strategien zum Umgang mit demokratiefeindlichen und menschenrechtsverachtenden Gedankenmodellen. Sie diskutierten Handlungs- und Vernetzungsstrategien gegen rechte Unterwanderungen und setzten sich mit Konzepten auseinander, die Naturschutz demokratisch, sozial und menschenrechtskonform gestalten. Zudem erhielten sie ein Kommunikationstraining. [mbu]

► www.nf-farn.de

Gemeinnützigkeit

Rechtsreform und Kompetenzzentrum gefordert

■ „Das deutsche Gemeinnützigkeitsrecht ist hoffnungslos veraltet [und] erschreckend unsystematisch“, schreibt Rupert Graf Strachwitz. Der Leiter des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft in Berlin hat Anfang Juni im Newsletter des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) eine Grundsatzkritik veröffentlicht. An zwölf Beispielen zeigt Graf Strachwitz, dass es um eine grundsätzliche Überholung dieses Rechtsbereichs geht, der zuletzt 1941 gründlich überarbeitet worden war. Die vielfältigen legitimen Funktionen der Zivilgesellschaft würden verkannt, das Recht stütze sich oft auf Gerichtsurteile und Verwaltungsanweisungen statt auf parlamentarische Grundlagen, und versage beim Thema Transparenz.

Im September befasst sich der Deutsche Juristentag mit dem Thema. 2019 steht voraussichtlich der Besuch einer Delegation der internationalen Financial Action Task Force (FATF) an, deren Mitglied Deutschland ist. Spezifische zentrale Regulierungsbehörden auf Bundes- oder Landesebene fehlten aber zurzeit. „Wir brauchen, möglichst auf Bundesebene, ein staatliches Kompetenzzentrum für Gemeinnützig-

keit“, heißt es im Beitrag. Zudem müsse ein grundlegend neu gestaltetes Gemeinnützigkeitsrecht auf die politische Agenda. [jg]

► Artikel im Netz: www.kurzlink.de/bbe-strachwitz

Onlinebefragung Natursport

Hohe Beteiligung – Auswertung folgt

■ Gut ein Drittel der Befragten (rund 2.600 Menschen) einer Erhebung im Rahmen des Projektes „Natursport.Umwelt.bewusst“ bezeichneten das Geocaching als ihre Hauptsportart. Die meisten der insgesamt 7.433 TeilnehmerInnen (fast 80 Prozent) gaben an, mehr als eine Natursportaktivität auszuüben. Neben Geocaching und Wandern sind Radfahren, Joggen, Reiten und Mountainbiken bei den Befragten besonders beliebt.

Der Rücklauf der Onlinebefragung, die im Januar begann und am 31. Mai endete, übertraf alle Erwartungen. Ziel ist die verbesserte Kommunikation mit und unter Geocachern und Natursportlern. Dafür wurde danach gefragt, wie sich Natursporttreibende über ihre Aktivität informieren sowie welche Geräte oder Apps sie benutzen. Außerdem interessierte sich der DWV für die Probleme, die in der Vergangenheit in Bezug auf andere Natursporttreibende bestanden. Auch die Bedeutung von Natur für die jeweilige Aktivität wurde abgefragt. Die Antworten werden derzeit ausgewertet und am 1. September in Düsseldorf im Rahmen der Messe „TourNatur“ präsentiert.

Aus den Ergebnissen will der DWV Kommunikationsstrategien ableiten, um ausgehend vom Beispiel Geocaching eine harmonische Raumnutzung von nicht herkömmlich organisierten Natursporttreibenden zu erreichen.

Das Projekt „Natursport.Umwelt.bewusst“ wird gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesumweltministerium.

► www.natursport-umwelt-bewusst.de
 ► www.wanderverband.de

Tag des Gartens

Kleingärtner feierten intakte Natur im Grünen

■ „Agrarwüsten“, „stummer Frühling“, „Insektensterben“: Gibt es in Deutschland keine grünen Orte mehr? „Doch!“, widerspricht der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde (BDG). 14.000 Kleingärtnervereine in ganz Deutschland schaffen vielfältige Refugien für Pflanzen und Tiere. Im Juni luden sie unter dem Motto „Grüner geht's nicht“ zum „Tag des Gartens“ in ihre naturfreundlichen Oasen ein.

„Naturschutz steht in Kleingärten nicht nur in jeder Vereinsatzung, mit unseren ausgebildeten Fachberatern unterstützen wir unsere Gärtnerinnen und Gärtner auch tatkräftig bei der Umsetzung“, sagte Friedrich Pils, Präsidiumsmitglied für Öffentlichkeitsarbeit beim BDG. So klärt der Verband darüber auf, wie wichtig Insekten für die Ökosysteme sind, und gibt Tipps, damit sich möglichst viele Nützlinge wohlfühlen. Sie bestäuben nicht nur die Blüten, sondern halten auch Schädlinge von Pflanzen fern. Auch die Haltung von Honigbienen wird in Kleingärten seit vielen Jahren gefördert und ist in vielen Anlagen längst etabliert. Kleingartenanlagen werden so zu einem wichtigen Hotspot für die Artenvielfalt – auf dem Land genauso wie in den Städten. [mbu]

► www.kleingarten-bund.de

EHRENAMT

Bundestag

Unterausschuss zum Bürgerengagement startet

■ Anfang Juni hat sich der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ konstituiert und erstmals getroffen. Anwesend war auch Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD). Sie betonte den hohen

Stellenwert ehrenamtlicher Arbeit für ihr Ressort. Im Jahr 2019 sei eine Engagement-Stiftung geplant, die über einen Etat von 35 Millionen Euro pro Jahr verfügen soll.

Der Unterausschuss will sich für „engagementfreundliche Rahmenbedingungen“ einsetzen, befasst sich mit aktuellen Gesetzesvorhaben und arbeitet an der weiteren Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Im Dialog mit der Zivilgesellschaft will das 13-köpfige Gremium unter Leitung von Alexander Hoffmann (CSU) an der Fortentwicklung der Engagementpolitik des Bundes mitwirken. Die Zivilgesellschaft hatte im letzten Jahr gefordert, den Unterausschuss des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu einem eigenständigen Gremium zu machen – bisher erfolglos. [jg]

► www.kurzlink.de/bt-ua-engagement

Europa-Kommunikation

Gemeinschaft stärken

■ Europaweit finden derzeit Bürgerdialoge zur Zukunft Europas statt. Die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) unterstützt das Auswärtige Amt und die Bundesregierung in der europapolitischen Kommunikation. Ein Jahr vor der Europawahl und der Neubesetzung der EU-Kommission stehen Themen auf der politischen Agenda, deren Antworten in den kommenden Jahren richtungsweisend sein werden. Das diesjährige Stakeholder-Forum am 5. Juli wird sich daher mit folgenden Themen befassen: Jugend- und Bildungspolitik, wirtschaftliche und soziale Konvergenz, Europas Werte und Grenzen, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie europäische Demokratie und BürgerInnenengagement. Bundesaußenminister Heiko Maas wird zum Stakeholder-Forum rund 300 TeilnehmerInnen im Europasaal des Auswärtigen Amtes begrüßen. [mbu]

► www.netzwerk-ebd.de/termine/stakeholder-forum-europa-kommunikation

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Kasseler Bürgerpreis

Klimaschutzaktivist aus Peru für sein Engagement geehrt

■ Saúl Luciano Lliuya ist Ende Mai für „Das Glas der Vernunft“ ausgewählt worden. Dieser Preis wurde 1990 von Kasseler Bürgerinnen und Bürgern als eine Auszeichnung gestiftet, mit der Personen oder Institutionen geehrt werden, die sich in besonderer Weise um die Aufklärung verdient gemacht haben. Das Preisgeld beträgt 10.000 Euro. Verliehen wird die diesjährige Auszeichnung am Sonntag, dem 23. September in Kassel.

Der peruanische Bergführer und Kleinbauer Lliuya, der derzeit gegen RWE auf Beteiligung am Schutz vor Klimawandelrisiken klagt, wird den Preis persönlich entgegennehmen. Unter den bisherigen Preisträgern finden sich Persönlichkeiten wie Hans-Dietrich Genscher (1991), Joachim Gauck (2009), Vandana Shiva (2012), Jürgen Habermas (2013) und Edward Snowden (2016). Germanwatch freut sich mit Lliuya über die Wertschätzung, die seinem Engagement durch diese Auszeichnung entgegengebracht wird. [red]

► www.germanwatch.org/de/15495

EU-Fördergelder

Grenzenlos: Jugendprojekte

■ Planen Sie einen grenzüberschreitenden Workshop, Bildungsprojekte oder ein Beteiligungsprojekt? Für transnationale Projekte mit Jugendlichen gibt es Mittel im europäischen Förderprogramm Erasmus+, schreibt das Weiterbildungs- und Beratungsunternehmen emcra im Fördertipp vom Juni. Noch bis zum 4. Oktober ist Zeit zum Einreichen der Anträge. [jg]

► www.emcra.eu/index.php?id=873
► www.jugend-in-aktion.de

Impressum

umwelt aktuell Juli 2018
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Finn Gröschel [fg], EU-Umweltbüro des Umweldachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: Titel © DLR; S. 5 © Finke, DUH. **Grafik/**

DTP: Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Bosch-Druck GmbH, D-84004 Landshut. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.